

P **LIZEI** **DEIN PARTNER**

Gewerkschaft der Polizei

1950–2020



Dein Beruf.

Deine Gewerkschaft.

Ein starkes Team für die Polizei!



**Gewerkschaft
der Polizei**

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe



Für alle Polizeibeschäftigten bleiben wir gemeinsam am Ball.

Als weltweit größte Interessenvertretung der Polizei setzt sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) für Ihre beruflichen Belange ein.

Die PVAG Polizeiversicherungs-AG, das Gemeinschaftsunternehmen der GdP und SIGNAL IDUNA Gruppe, bietet Ihnen als berufsständischer Versicherer spezielle Absicherung und Vorsorge.

GdP und PVAG – Ein starkes Team im Einsatz für Sie. Informieren Sie sich jetzt!

www.gdp.de – Telefon 030 3999210 – gdp-bund-berlin@gdp.de

www.pvag.de – Telefon 0231 1352551 – polizei-info@pvag.de



Impressum

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Lydia Häber, GdP Bundesgeschäftsstelle, Berlin
Abteilung: Bildung/Werbung
Laura Ede

Titelbild: karadesign

Hinweis: Im Text wird häufig nur die männliche Form verwendet (z. B. „Beamter“), gemeint sind jeweils die männliche und die weibliche Form des Begriffs.

Haftung: Alle Angaben in dieser Broschüre wurden sorgfältig zusammengestellt und geprüft. Trotzdem können weder Verlag und Autoren irgendeine Haftung für Vollständigkeit oder Richtigkeit übernehmen.

Nachdruck des redaktionellen Teils nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers.

Sämtliche hier veröffentlichte Anzeigen, die im Kundenauftrag für die Drucklegung vom Verlag gestaltet wurden, sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, Vervielfältigung und elektronische Speicherung ist nur mit Zustimmung des Anzeigenkunden und des Verlages erlaubt. Verstöße hiergegen werden vom Verlag, auch im Auftrag des Anzeigenkunden, unnachsichtig verfolgt.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3 a • 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-0 • Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer: Bodo Andrae, Joachim Kranz
Anzeigenleiterin: Antje Kleuker

Gestaltung und Layout: Jana Kolthaus

Druck: Wir machen Druck.de

© 2020 05/2020/39

www.vdp-polizei.de

• Grußworte

Oliver Malchow, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei	2
Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin	3
Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes	4
Dr. Peter Tschentscher, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg	5
Georg Maier, Vorsitzender der Innenministerkonferenz	6

• Geschichte der Gewerkschaft der Polizei

Vom Kaiserreich bis in die Weimarer Republik	7
Nationalsozialismus und Besatzungszeit	8
Vom Neuanfang zur Spitzenorganisation	8
Abwehr von Militarisierungsbestrebungen und Konsolidierung als Gewerkschaft	10
Unmut über Besoldung und RAF-Terror	11
Kampf gegen Sparmaßnahmen	12
Von der Wiedervereinigung zur Deutschen Einheit	13
Die GdP im neuen Jahrtausend	16
Das zweite Jahrzehnt	17

• Bundestarifkommission und die Personengruppen der GdP

Bundestarifkommission	20
Frauengruppe (Bund)	21
Seniorengruppe (Bund)	22
JUNGE GRUPPE (GdP)	23

Grußwort



Oliver Malchow
Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in diesem Jahr blickt die Gewerkschaft der Polizei (Bund) auf eine siebzigjährige Erfolgsgeschichte zurück. Sieben Jahrzehnte, in denen die GdP sich als kompetente und engagierte Ansprechpartnerin für alle Polizeiangehörigen – ob Beamte oder Tarifbeschäftigte – einsetzte. Dieser Weg war und ist oft nicht leicht, aber immer lohnenswert. Denn von Beginn an nahm die GdP als Spitzenorganisation erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der Polizei zu einer bürgernahen, zivilen Organisation, die sich für eine Demokratisierung der Polizei einsetzte. 1950 auf den Trümmern von Diktatur und Weltkrieg gegründet, knüpfte die GdP in personeller wie ideologischer Kontinuität an ihre Vorgängerorganisation aus der Zeit der Weimarer Republik an. Viele der Gründungsmitglieder hatten als Angehörige des von den Nationalsozialisten verbotenen Schrader-Verbandes – wie andere Gewerkschafter auch – Unterdrückung und Verfolgung selbst erlebt. Dieses Wissen um die Fragilität der Demokratie wurde für die GdP zur Triebfeder ihrer gewerkschaftlichen Arbeit. Die im ersten Artikel des Grundgesetzes formulierte Pflicht war für uns stets eine ehrenvolle Aufgabe:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Während aller gesellschaftlichen Umbrüche und Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte hat die GdP sich immer für eine bürgernahe Polizei eingesetzt, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Bereits in der Anfangszeit wehrte sich die GdP daher gegen Versuche, paramilitärische Strukturen innerhalb der Polizei zu etablieren. Auch die Vermischung oder Übertragung polizeilicher Aufgaben an Dritte haben wir erfolgreich zu verhindern gewusst. Rechtsstaatlichkeit und Verhältnismäßigkeit sind die Maßstäbe, nach denen wir unseren Dienst an den Bürgern und Bürgerinnen ausrichten.

Diesem zivilen bürgerlichen und demokratischen Verständnis ist auch unsere grundlegende Ablehnung gegenüber jeglichen extremistischen Tendenzen geschuldet. Die klare Positionierung gegen jede Art von Populismus ist essenzieller Bestandteil unseres Selbstverständnisses und unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Reaktionären Kräften, die sich eine Abkehr vom Ideal einer freien, vielfältigen und inkludierenden Gesellschaft wünschen, werden wir auch in Zukunft eine Absage erteilen.

Unser Jubiläum fällt in eine schwierige Zeit. Die Pandemie erweist sich als internationale Bewährungsprobe, die die Schwachstellen der modernen Zivilisation zu Tage treten lässt. Die in diesen Wochen und Monaten geführten Debatten um wachsende soziale Ungleichheit, moderne Arbeitsformen und Rassismus sind ein notwendiger Schritt, um den gesellschaftlichen Wandel weiter voranzubringen. Als Polizisten und Polizistinnen, Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen sind wir Teil dieser Diskussion.

Welchen bedeutenden Stellenwert die Gewerkschaft der Polizei heutzutage genießt, belegen die im Folgenden zum Jubiläum übermittelten Grußworte von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann sowie des Hamburger Bürgermeisters Dr. Peter Tschentscher und des derzeitigen Vorsitzenden der Innenministerkonferenz Georg Meier. Sie alle sprechen unserer GdP – der weltgrößten Polizeigewerkschaft – ihre Glückwünsche aus. Es folgt ein Blick zurück auf die Geschichte der GdP, deren Anfänge bis in die Zeit des Kaiserreichs zurückreichen. Die Vorsitzenden der Personengruppen und der Vertreter der Bundestarifkommission erinnern an Ereignisse der vergangenen Jahrzehnte.

Auch wenn wir dieses Jubiläum nicht, wie ursprünglich geplant, im Hamburger Rathaus gemeinsam feiern können, werden wir auch in Zukunft füreinander einstehen. Denn unsere Geschichte hat uns gelehrt, dass wir nur zusammen stark sind.

In diesem Sinne geht mein Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die durch ihren täglichen Einsatz dafür sorgen, dass wir in Sicherheit leben können und an alle GdP-Mitglieder, die mit ihrem Beitrag unsere Arbeit unterstützen. Ich danke allen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, die sich mit unermüdlichem Engagement für unsere Polizei und unsere Gewerkschaft einsetzen. Und nicht zuletzt allen Bürgerinnen und Bürgern für ihr ungebrochenes Vertrauen in die Polizei.

Grüßwort

Dr. Angela Merkel
Bundeskanzlerin



Ein Leben in Sicherheit führen zu können, ist ein menschliches Grundbedürfnis. Wir dürfen uns glücklich schätzen, dass Deutschland eines der sichersten Länder der Welt ist. Dies haben wir vorneweg den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu verdanken, die sich tagtäglich in den Dienst des Gemeinwohls stellen.

Doch auch hierzulande gibt es Entwicklungen, die uns beunruhigen. Die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und die Anschläge in Halle und Hanau haben uns das in jüngster Zeit besonders schmerzlich vor Augen geführt. Dass rechtsextremistische, antisemitische und muslimfeindlich motivierte Straftaten in den letzten Jahren teils erheblich zugenommen haben, darf natürlich nicht allein die Polizei umtreiben. Vielmehr kommt es in unserer Gesellschaft auf uns alle an, Rechtsextremismus und Rassismus entschieden entgegenzutreten.

In Deutschland sehen wir uns nach wie vor auch mit Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus konfrontiert. Wir müssen aufmerksam bleiben – nicht zuletzt auch wegen der Rückkehr weiterer deutscher IS-Anhänger aus Syrien und Irak.

Kriminalität zeigt sich in vielen Facetten. Ob Alltagskriminalität oder Organisierte Kriminalität – sie entwickelt sich ständig weiter und stellt die Polizei immer wieder vor neue Herausforderungen. Gerade auch im Cyberraum werden Straftaten verübt, die vor wenigen Jahren noch gar nicht vorstellbar waren.

Es mangelt also wahrlich nicht an Aufgaben für die Polizei, die dementsprechend in personeller wie in technischer Hinsicht gut aufgestellt sein muss. Hierfür hat der Deutsche Bundestag auf Initiative der Bundesregierung die Bereitstellung weiterer Finanzmittel beschlossen. Außerdem kann ich es nur begrüßen, dass in den letzten Jahren die Personalstärke der Polizeien des Bundes und der Länder erheblich aufgestockt wurde – etwa im Rahmen der Umsetzung des „Pakts für den Rechtsstaat“ und auch gezielt zur Bekämpfung des Rechtsextremis-

mus. Nicht zuletzt ist das sogenannte Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz der Bundesregierung in diesem Jahr in Kraft getreten. Hinter diesem sperrigen Wort stehen umfassende Neuregelungen, die unter anderem auf eine attraktivere Gestaltung des Polizeiberufs abzielen.

Bei alledem ist es aber mindestens ebenso wichtig, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte die Anerkennung bekommen, die sie für ihren Einsatz für unser aller Sicherheit verdienen. Ihre Bereitschaft, private Belange so manches Mal hinter das Gemeinwohl zurückzustellen, ist alles andere als selbstverständlich. Und dennoch erfahren sie oft Anfeindungen oder gar Gewalt. Das ist nicht hinnehmbar. Daher war es an der Zeit, eine langjährige Forderung der Gewerkschaft der Polizei aufzugreifen und 2017 das „Gesetz zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften“ zu verabschieden.

In den 70 Jahren ihres Bestehens hat sich die GdP für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit ihren berechtigten Interessen immer wieder als erfolgreicher Fürsprecher erwiesen. In diesem Jubiläumsjahr sei im Übrigen daran erinnert, dass vor 30 Jahren auch in polizeigewerkschaftlicher Hinsicht die Deutsche Einheit gelang. Vor allem aber ist es mir ein Anliegen, der GdP und ihren Mitgliedern für ihr jahrelanges wertvolles Engagement zu danken. Ich wünsche der Gewerkschaft der Polizei, dass sie das, was sie war und ist, auch künftig bleibt: ein wichtiger und kompetenter Gesprächspartner der Bundesregierung in allen Fragen zur inneren Sicherheit.



Grußwort

Reiner Hoffmann
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen,

ich gratuliere heute im Namen des Deutschen Gewerkschaftsbundes euch, der Gewerkschaft der Polizei, ganz herzlich zum siebenzigjährigen Geburtstag. Es ist gut und richtig, dass ihr seit über vierzig Jahren Mitglied im Deutschen Gewerkschaftsbund seid. Die Gewerkschaft der Polizei ist eine starke Säule, sie ist ein verlässlicher Partner, und ich greife nicht zu hoch, wenn ich ergänze, sie ist auch ein geschätzter und gern gesehener Mitstreiter im DGB.

Eine freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Deutschland wäre ohne demokratische Selbstbestimmung und rechtsstaatliche Sicherheit undenkbar. Eine Sicherheit, die Toleranz schützt und die freie Entfaltung von Menschenrechten achtet, ist jedoch keine Selbstverständlichkeit und muss auch in Deutschland jeden Tag neu errungen und verteidigt werden. Zwischen Sicherheit und Freiheit existiert kein Wechselkurs, zu dem die eine gegen die andere zu tauschen wäre. Diesen spannungsvollen Kurs auszubalancieren, ist oft eine Gratwanderung, die den Arbeitsalltag von Polizistinnen und Polizisten prägt. Es ist kein leichter Beruf, stellvertretend für die Gesellschaft, vor allem mit Gewalt und Konflikten, mit vielen gesellschaftlichen und sozialen Brüchen, ja auch mit allen Abgründen der menschlichen Seele, mit teils extremen Gefährdungs- und Bedrohungssituationen konfrontiert zu sein. Wir Gewerkschafter haben Hochachtung vor eurer Arbeit! Eine demokratische Polizei – und ich möchte auch hier und heute 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges daran erinnern – dies war in der deutschen Geschichte keine Selbstverständlichkeit. Nur allzu oft wurde die Polizei als Knüppel des Obrigkeitsstaates und in den zwölf finsternen Jahren für den Machterhalt einer verbrecherischen Diktatur missbraucht. Ihr habt damals, vor 70 Jahren, die Chance der jungen Demokratie der Bundesrepublik ergriffen. Ihr habt eure demokratischen

Rechte in diesem Staat wahrgenommen und eine eigenständige und unabhängige Gewerkschaft gegründet und somit auch im Staatsapparat selbst ein wesentliches Stück Demokratie verwirklicht. Das war damals ein mutiger und zugleich kluger Schritt. Denn der demokratische Staat baut auf aktive Bürgerinnen und Bürger, die für ihn arbeiten und die in seinem Namen handeln. Die innere Sicherheit, die Qualität der polizeilichen Arbeit, die materielle und ideelle Ausstattung der Polizei, das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Polizei – all diese Dinge gehören zu den wichtigen Grundlagen unserer demokratischen Ordnung. Mit ihrem historischen Eintritt in den DGB 1978 hat die GdP dokumentiert, dass die Polizei zur Arbeitnehmerschaft gehört. In einer Bundesvorstandssitzung schloss der damalige DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter seine Rede zum Beitritt der Gewerkschaft der Polizei mit folgenden Worten: „Mit dem Beitritt der GdP zum DGB hat die Gewerkschaftsbewegung die Chance bekommen, ihren Mitgliederauftrag noch besser zu erfüllen. Lasst uns an die Arbeit gehen.“ Einig und gemeinsam lässt sich mehr erreichen. Das gilt damals wie heute.

Grüßwort



Dr. Peter Tschentscher
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Am 14. September 1950 schlossen sich in Hamburg die Vertreter der Polizeivereinigungen der britischen Besatzungszone und West-Berlins zur „Gewerkschaft der Polizei“ (GdP) zusammen. Ihr Ziel war es, die Arbeitsbedingungen der Polizei und ihre gesellschaftliche Stellung im Nachkriegsdeutschland zu verbessern. Erstmals in der Geschichte der Polizeigewerkschaften wurden neben Beamtinnen und Beamten auch Arbeiterinnen und Arbeiter und Angestellte als Mitglieder zugelassen. Seit ihrer Gründung hat sich die GdP zur größten Polizeigewerkschaft in Deutschland entwickelt. Sie vertritt heute die Interessen von fast 200.000 Polizeibeschäftigten, sie fördert das Ansehen einer bürgernahen und professionellen Polizei und engagiert sich für die Bekämpfung von Kriminalitätsursachen.

Die Hamburgerinnen und Hamburger sind stolz auf die gute Arbeit ihrer Polizei. Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, ist in Hamburg so niedrig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Durch die professionelle Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft können immer mehr Straftaten aufgeklärt werden. Damit leisten die Polizeibeschäftigten einen

grundlegenden Beitrag für die Sicherheit und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.

Polizistinnen und Polizisten tragen in ihrem Beruf große Verantwortung. Sie schützen Leben und Gesundheit, Freiheit und Eigentum der Bürgerinnen und Bürger. Ihr Dienst an der Gemeinschaft verdient Respekt und Anerkennung.

Ich danke der GdP sehr herzlich für ihren Einsatz für die Beschäftigten der Polizei in Deutschland und wünsche ihr weiterhin viel Erfolg. Herzlichen Glückwunsch zum 70-jährigen Jubiläum!



Grußwort

Georg Maier
Vorsitzender der Innenministerkonferenz und
Innenminister des Freistaats Thüringen

„Demokratie verteidigen – Rechtsstaat stärken“

Sehr geehrte Leserinnen und Leser der GdP-Festschrift,

zunächst darf ich Ihnen zum 70-jährigen Bestehen Ihrer Gewerkschaft herzlich gratulieren. Die Gewerkschaft der Polizei begleitet mich eng in meiner Arbeit als Innenminister und ist wichtiger Partner für alle Beschäftigten der Polizei. Ich gratuliere Ihnen zu 70 Jahren erfolgreicher Interessenvertretung. Seien Sie auch weiterhin so stark und erfolgreich an der Seite Ihrer Mitglieder.

Gern möchte ich der Bitte Ihres stellvertretenden Vorsitzenden, Jörg Radek, nachkommen und an dieser Stelle meine Perspektive und Schwerpunkte aus Sicht des Vorsitzenden der Innenministerkonferenz wiedergeben. Der Freistaat Thüringen hat mit Jahresbeginn den Vorsitz der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder übernommen. Seit März steht die Politik aufgrund der Corona-Krise vor neuen, besonderen Herausforderungen. Gesellschaftliche Interaktionen und wirtschaftliche Aktivitäten wurden auf das Mindestmaß heruntergefahren. Nur schrittweise geht es zurück zu bekannten Gewohnheiten. Diese Entwicklungen bedeuten auch für die Organisation der Innenministerkonferenzen und den dazu gehörenden Veranstaltungen enorme Anstrengungen. Als Vorsitzender der Innenministerkonferenz ist mir wichtig, die Verteidigung der Demokratie und die Stärkung des Rechtsstaates voranzutreiben. Im Schwerpunkt sehe ich dabei, neben der Stärkung der kommunalen Strukturen, drei große Themenfelder: die Stärkung der allgemeinen Verbrechensbekämpfung, die Prävention und Repression extremistischer Tendenzen und den Komplex Migration.

Die allgemeine Verbrechensbekämpfung ist von jeher einer der Schwerpunkte, denen sich die Innenministerin und Innenminister sowie -senatoren gegenübersehen. Die Sicherheitsarchitektur muss personell und technisch so leistungsfähig aufgestellt sein, dass sie in keinem Deliktfeld ins Hintertreffen gerät. Gleichzeitig dürfen dadurch aber auch Freiheitsrechte nicht über Gebühr eingeschränkt werden. Gerade die Anonymität in sozialen Netzwerken und Gaming-Foren birgt erhebliches kriminelles Potential. Die Identifikationsmöglichkeit ist hier das A und O und vergleichbar mit dem ‚Vermummungsverbot‘ bei Versammlungen oder ‚Verhüllungsverbot‘ im Auto. Wir müssen also digital das Gleiche können, wie im analogen. Das heißt, wir brauchen die rechtlichen Voraussetzungen, das technische Know-how und

natürlich eine gute Ausbildung der Beamtinnen und Beamten. Ich hoffe, dass ich die Gewerkschaft der Polizei dabei weiter an meiner Seite weiß.

Die stärkere Bekämpfung des Extremismus und damit auch der Schutz des Rechtsstaates und seiner Vertreterinnen und Vertreter ist ein weiterer Schwerpunkt des IMK-Vorsitzes. Dies umfasst Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus. Allerdings ist mit Blick auf die Fallzahlen bereits jetzt festzustellen, dass der Schwerpunkt auf rechts-extremistischen Strukturen liegen wird. Die Leidtragenden dieser, sich immer stärker radikalierenden Szenen, sind oft Polizeibeamtinnen und -beamte. Die Angriffe auf Sie und andere sind unerträglich. In diesem Bereich – da bin ich mir mit allen Länderkolleginnen und -kollegen einig – müssen wir die Strafverfolgung und Verurteilung konsequent durchsetzen.

Vor dem Hintergrund der hohen Gewaltaffinität der Szene muss die enge und effektive Koordination im Sicherheitsverbund weiterentwickelt werden, um erfolgreich gegen wachsende extremistische Strukturen handeln zu können, ohne dabei andere Bedrohungen aus dem Auge zu verlieren.

Mein Ziel ist es, gemeinsam mit meiner Länderkollegin und meinen Länderkollegen, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zu stärken und ihnen bewusst zu machen, dass ein freies und selbstbestimmtes Leben einen funktionierenden Rechtsstaat und eine gut ausgebildete, gut ausgerüstete und gut bezahlte Polizei braucht. Eine Politik, welche die öffentliche Sicherheit mit rechtsstaatlichen Grundsätzen garantiert, schafft Rückhalt und Vertrauen. Die Mitglieder der GdP setzen sich seit mittlerweile 70 Jahren dafür ein und dafür gilt Ihnen im Namen der Innenministerin, der Innenminister und -senatoren mein ausdrücklicher Dank!

Geschichte der Gewerkschaft der Polizei

Die Art und Weise einer Polizei stellt für die Gesellschaft, in der sie agiert, einen wichtigen Pfeiler demokratischer Stabilität dar. Sie ist dann eine Polizei aus Bürgern für Bürger. Damit sie diesem Anspruch gerecht werden kann, steht dem Verordnen eines Dienstherrn stets eine auf Augenhöhe etablierte Mitbestimmung gegenüber. An dieser Erfolgsgeschichte hierzulande hat die Jubilarin einen gehörigen Anteil. Warum das so ist, erklärt die Historikerin Laura Ede, Autorin der Mitgliederzeitschrift DEUTSCHE POLIZEI (DP).

Als am 14. September 1950 in Hamburg die Vertreter der jungen Polizeigewerkschaften der (westlichen) Bundesländer zusammenkommen, um die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf Bundesebene zu gründen, legen sie nicht nur den Grundstein für den Neubeginn polizeilicher Gewerkschaftsarbeit. Die GdP sollte in den folgenden sieben Jahrzehnten die Polizei in Deutschland nachdrücklich prägen: als moderne, bürgernahe Organisation, deren demokratischer Nährboden das Grundgesetz bildet.

Vom Kaiserreich bis in die Weimarer Republik

Auch wenn die Anfänge polizeigewerkschaftlicher Arbeit bis ins Kaiserreich zurückdatieren, ist es ein langer und harter Kampf, bis Polizistinnen und Polizisten Mitbestimmung und gestalterische Rechte zuerkannt werden. Erste Vereine gründen sich bereits in den 1880er-Jahren. Dazu gehört der „Sterbekassenverein der Bayrischen Polizeimannschaft“ von 1882. Die Gründung fällt in eine Zeit, die durch die Bismarckschen Sozialistengesetze geprägt ist. deren Ziel ist es, die aufstrebende Gewerkschaftsbewegung und den Ruf nach gesellschaftlicher Teilhabe und Arbeitsrechten zu unterdrücken. Unter dem Deckmantel der Wohlfahrtsarbeit treffen sich Polizeiangehörige und beratschlagen über ihre Arbeitssituation. Immer wieder werden diese Vereine jedoch verboten, ihre Mitglieder strafversetzt oder gar aus dem Dienst entlassen.



Ernst Schrader (2. v. l.) im Kreise der Polizeiführung

Foto: Privatarchiv (PA) Wolfgang Klose

Eine erste Blütezeit polizeigewerkschaftlicher Arbeit wird durch den Sturz des Kaisers und die Ausrufung der Weimarer Republik 1919 eingeleitet. Die neue Verfassung garantiert auch Beamten das unein-

geschränkte Vereins- und Versammlungsrecht sowie die politische Gesinnungsfreiheit. Zur größten und einflussreichsten Polizeigewerkschaft der ersten Demokratie auf deutschem Boden entwickelt sich der umgangssprachlich nach seinem Vorsitzenden benannte Schrader-Verband.



Ernst Schrader

* 3.4.1877; † 13.7.1936

Vorsitzender des Verbandes Preußischer Polizeibeamter

Ernst Schrader verließ 1901 als Obergefreiter die Armee und trat als Wachtmeister in die Berliner Schutzmannschaft ein. Bereits 1913 war er als Gründungs- und Vorstandsmitglied der ersten preußischen Interessenvertretung der Polizei, der „Vereinigung Berliner Schutzleute“, gewerkschaftlich aktiv. 1920 schied er aus dem aktiven Polizeidienst aus, um als hauptamtlicher

1926: Ernst Schrader

Foto: PA Wolfgang Klose

Vorsitzender des „Verbandes Preußischer Polizeibeamter“ tätig zu sein. Unter seiner Führung wurde der Schrader-Verband zur größten und einflussreichsten Interessenvertretung der Polizei der Weimarer Republik. 1930 wurde er Mitglied in der Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes und Sekretär der internationalen Polizeivereinerung „Fédération Internationale des Fonctionnaires de Police“. Aus gesundheitlichen Gründen zog er sich 1932 von seinen Ämtern zurück. Von September bis Dezember 1933 wurde er von den Nationalsozialisten in „Schutzhaft“ genommen und in das KZ Oranienburg verschleppt. 1936 verstarb er nach einem langen Krebsleiden.

Ernst Schrader, bereits seit 1915 Verbandsvorsitzender, formt aus dem anfangs lokal auf Berlin beschränkten Verein die erste Einheitsorganisation der Polizei in Preußen, die ab 1923 sowohl staatliche wie kom-

munale Polizeibeamte vertritt. Zu ihren größten Erfolgen gehört, dass der Polizeiberuf 1927 zum Lebensberuf wird. Vorher war die Dienstzeit auf zwölf Jahre beschränkt. Unter dem Einfluss des „Verbands Preußischer Polizeibeamter“ – so der offizielle Name – wird die Polizei zu einer entmilitarisierten, bürgernahen Organisation mit Arbeitsschutz und Mitspracherechten. 1930 vereint er mit rund 75.000 Mitgliedern fast achtzig Prozent der preußischen Polizeibeamten. Schrader, der als Sozialdemokrat fest an die demokratischen Grundrechte glaubt, legt 1932 aus gesundheitlichen Gründen sein Amt nieder.



Letzte Versammlung des Schrader-Verbandes in demokratischer Freiheit

Foto: „Die deutsche Polizei: ihre Geschichte, ihre Gewerkschaft, Daten, Fakten, Meinungen. 1950 - 1980: 30 Jahre Gewerkschaft der Polizei“ - VDP GmbH 1980

Nationalsozialismus und Besatzungszeit

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 endet nicht nur die erste Demokratie in Deutschland. Die Zerschlagung der verhassten Gewerkschaften ist eines der ersten Ziele, das die neuen Machthaber konsequent und schnell umsetzen. Der Schrader-Verband gilt den Nationalsozialisten als erklärter politischer Gegner und die Kontrolle über die Polizei als wichtiges Instrument, ihren autoritären Führungsanspruch durchzusetzen. Der Abwehrkampf des Verbandes ist nur von kurzer Dauer. Bereits am 27. April 1933 wird die Auflösung der längst unterwanderten Organisation durch seine neue, nationalsozialistische Führung beschlossen. Ihre Mitglieder werden in den „Kameradschaftsbund Deutscher Polizeibeamter“ überführt und demokratische Kräfte innerhalb der Polizei mit Hilfe des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ systematisch ausgeschaltet. Manche Beamte, die nach diesem Gesetz entlassen werden, finden sich in Arbeits- und Konzentrationslagern wieder. Zu ihnen gehört der gesundheitlich schwer angeschlagene Ernst Schrader. Die von den Nationalsozialisten nach ihren Vorstellungen neugestaltete Polizei wird zum Herrschaftsinstru-

ment ihres menschenverachtendem Regimes.

1945, nach Ende des zweiten Weltkrieges, teilen die Alliierten Deutschland in vier Besatzungszonen auf, die nach und nach polizeigewerkschaftliche Arbeit wieder zulassen. Während sich in der sowjetischen Zone bereits von Beginn an Polizeibeamte im „Freien Deutschen Gewerkschaftsbund“ mitorganisieren, lässt die französische Zone erst 1949 mit dem „Verband der Polizeibeamten“ in Baden polizeiliche Gewerkschaftsarbeit zu. Als die Alliierten 1950 die Verantwortlichkeit für die Polizei an die Länder übergeben, steht dem Neubeginn der Polizeigewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) nichts mehr im Wege.

Vom Neuanfang zur Spitzenorganisation

Erste Vorgespräche für eine bundesweite Gewerkschaftsgründung finden im Frühjahr 1950 zwischen den Vertretern der Polizeiverbände der britischen Besatzungszone und West-Berlin statt. Am 14. September ist es soweit: Die GdP (Bund) wird in Hamburg gegründet. Zum ersten Vorsitzenden wird Fritz Schulte – seit 1948 Vorsitzender des „Bundes der Polizeibeamten des Landes Nordrhein-Westfalen“ – gewählt. Ebenso wie sein niedersächsischer Stellvertreter, August Henn, kann Schulte auf Erfahrungen aus seiner Zeit beim Schrader-Verband zurückgreifen. Die bereits bestehenden Verbände der einzelnen Länder werden in Landesverbände der GdP umgewandelt und organisieren gemeinsam rund 42.500 Mitglieder. Schon im Folgejahr gelingt es, neue Landesbezirke in Hessen und Rheinland-Pfalz zu gründen. Die Besatzungsmächte hinterlassen in ihren Einflussbereichen äußerst unterschiedliche polizeiliche Strukturen. So sind Polizisten in West-Berlin ausschließlich Angestellte. Eine der ersten Forderungen der jungen Gewerkschaft bildet daher die Vereinheitlichung der Polizei und deren Überführung von kommunaler in staatliche Hand. Zugleich nutzt sie die Ausgangssituation, um von Beginn an alle Polizeiangehö-



1955: 4. Delegiertenkongress der GdP: Fritz Schulte (r.) mit Willy Brandt (l., damals Berliner Bundestagsabgeordneter) Foto: DP

dienst entlassen. 1940 wurde Schulte zum Militärdienst eingezogen. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges trat er 1945 wieder in den Polizeidienst ein. Am 22. Juli 1948 wurde der „Bund der Polizeibeamten des Landes Nordrhein-Westfalen“ in Düsseldorf gegründet und Schulte zum Vorsitzenden gewählt. 1950 ernannte man ihn zum Chef der Wuppertaler Polizei. Im selben Jahr wurde er zum Vorsitzenden der neugegründeten Gewerkschaft der Polizei (Bund) gewählt. Dieses Amt hatte er bis zu seinem Tod am 15. Dezember 1955 inne.

Fritz Schulte

* 28.12.1891; † 15.12.1955

Zitat: „Wir lassen uns bei unserer Arbeit von dem Gedanken leiten, dass der Mensch das größte Maß an Freiheit genießen soll, das unter Berücksichtigung des vorrangierenden Rechtes der Allgemeinheit möglich ist.“

Bundsvorsitzender: 1950 – 1955

Fritz Schulte war gelernter Schlosser und trat nach der Teilnahme am Ersten Weltkrieg 1919 in den Polizeidienst ein. Er engagierte sich gewerkschaftlich und stieg zum Vorsitzenden des Gau West des Schrader-Verbandes auf. Im Oktober 1933 wurde Schulte von den Nazis verhaftet und bis Januar 1934 in Konzentrationslagern festgehalten. 1934 wurde er offiziell aus dem Polizeidienst entlassen.



1950: Erste Satzungskommission am Vorabend der Gründung der GdP in Hamburg Foto: VDP GmbH

rigen zu organisieren. Auf ihrem ersten Ordentlichen Delegiertenkongress 1951 in Koblenz wird die Neuordnung des Besoldungswesens als Hauptforderung formuliert. Der Bruttoverdienst eines Polizeihauptwachmeisters beläuft sich zu dieser Zeit auf gerade einmal 305,50 Deutsche Mark (DM) und reicht damit kaum, um eine Familie zu ernähren. Der Forderung wird während des gesamten ersten Jahrzehnts immer wieder Ausdruck verliehen und führt mehrfach zu zeitgemäßen Anpassungen – so 1951 mit dem „Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts“, 1954 mit der GdP-Denkschrift zur Besoldungsreform, der Besoldungsreform von 1957 und dem neuen Beamtenrechtsrahmengesetz. Auf diesem ersten, der vorerst jährlich stattfindenden Kongresse, wird ebenfalls ein Entwurf für einheitliche Laufbahnvorschriften vorgelegt, der die Basis für die Einheitslaufbahn bildet.



1956: Delegiertenkongress der GdP in Berlin Foto: DP

Eine der wichtigsten Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Republik ist, dass Polizisten künftig auf das neu geschaffene Grundgesetz und nicht auf die jeweilige Regierung vereidigt werden. Damit werden nicht nur die Abwehrkräfte des Staates gegen extremistische Bestrebungen gestärkt, sondern der Grundstein für eine moderne Polizei gelegt. Auch die GdP setzt sich in diesen ersten Jahren mit dem Verhältnis zwischen Staat, Bevölkerung und Polizei auseinander. Anlass gibt unter anderem die Gründung des Bundesgrenzschutzes (BGS), dessen damalige, paramilitärische Organisation von der Gewerkschaft stark kritisiert und abgelehnt wird. Ihr Einsatz zeigt Erfolge: 1952 wird die Polizei nach GdP-Protesten zuerst in Nordrhein-Westfalen, nach und nach auch in den anderen Ländern als zivile Organisation verstaatlicht. Mit ihrer Zeitung DEUTSCHE POLIZEI (DP) informiert und kommuniziert die GdP seit 1952 mit ihren Mitgliedern. Auch die polizeilichen Aufgaben wachsen in dieser Zeit. Das aufkeimende Wirtschaftswunder treibt die Automobilität voran und lässt auch die motorisierte Polizei an Bedeutung gewinnen.



Fritz Kehler Foto: GdP

Friedrich „Fritz“ Kehler

* 31.7.1889; † 5.9.1972

Zitat: „Der Polizeibeamte des Rechtsstaates hat die Verpflichtung, aus der Vielseitigkeit der Gesetze unter Beachtung der Menschen- und Bürgerrechte nach der Ermächtigung seines dienstlichen Handelns und damit nach der Grundlage seiner Amtshandlung zu suchen, bevor er tätig wird.“

Bundsvorsitzender: 1956 – 1958

Nach seiner Lehre trat Fritz Kehler 1910 der SPD bei und wurde Mitglied im Zentralverband der Heizer und Maschinisten. Nach Ableistung seines Wehrdienstes (1911 – 1913) nahm er am Ersten Weltkrieg teil. 1914 wurde er verletzt und kam in russische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Rückkehr 1919 wurde er im Folgejahr zum Gewerkschaftssekretär gewählt. 1923 trat Kehler in den Polizeidienst ein, wo er sich ebenfalls gewerkschaftlich engagierte und 1925 zum Leiter der Ortsgruppe Dortmund des Schrader-Verbandes gewählt wurde. Als Mitglied im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Mitbegründer der Eisernen Front in Dortmund kämpfte er gegen den Nationalsozialismus. 1933 wurde er dem Dienst entzogen und entlassen. Im August 1945 trat er wieder in die Polizei ein. 1948 gehörte Kehler zu den Mitbegründern des Bundes der Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen, der 1950 in der Gewerkschaft der Polizei aufging. Nachdem er bereits 1954 in den Ruhestand getreten war, wurde er 1956 zum Bundsvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei gewählt. Nach nur zwei Jahren trat er von diesem Amt zurück und wurde zugleich zum Ehrenvorsitzenden der GdP gewählt. Am 5. September 1972 verstarb Kehler.

Mit dem Beitritt zur „Union Internationale des Syndicats de Police“ (UISP) 1955 betritt die GdP erstmals internationales Parkett. Dieses Jahr steht zudem im Zeichen einer Protestwelle. In 20 Städten pro-

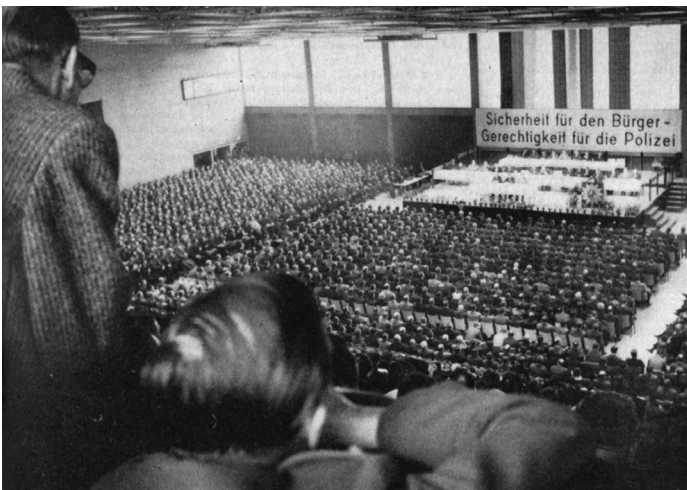
testieren insgesamt 26.000 Mitglieder. Die Protestwelle hält bis ins folgende Jahr an und wird schließlich mit der Höhergruppierung des Mittleren Dienstes belohnt. 1956 tritt Fritz Kehler die Nachfolge des verstorbenen Schulte an. Auf ihn folgt zwei Jahre später Werner Kuhlmann, unter dem die GdP 1959 offiziell nach dem Bundesbeamtengesetz als Spitzenorganisation anerkannt wird und ihren Einfluss damit erheblich erweitert.

Abwehr von Militarisierungsbestrebungen und Konsolidierung als Gewerkschaft



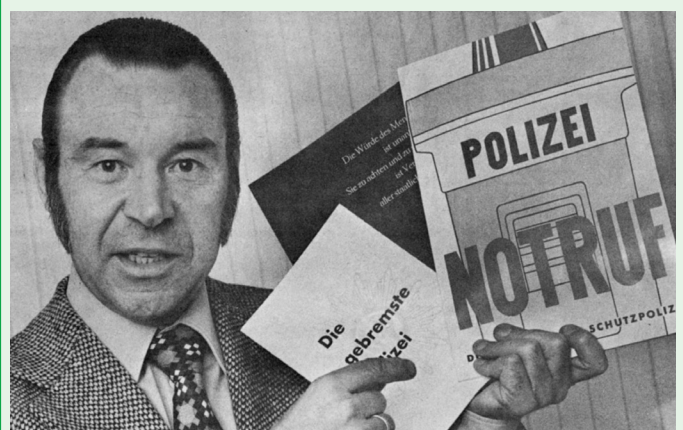
1961: Werner Kuhlmann und Kollegen am Berliner Potsdamer Platz kurz nach Beginn des Mauerbaus Foto: DP

Mit dem Beginn des neuen Jahrzehnts tritt die GdP endgültig in ihre Konsolidierungsphase ein. Durch den ersten Abschluss von Anschluss-tarifverträgen gelingt es, die Tariffähigkeit und damit auch die Position als Berufsorganisation zu festigen. Für die Tarifbeschäftigten in der Polizei zahlt sich dieser Einsatz aus: Sie können sich über eine Einkommensverbesserung von sieben Prozent freuen. Gemeinsam mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) ruft die GdP eine Arbeitsgemeinschaft ins Leben, um die Tarifbeschäftigten auch in Zukunft optimal vertreten zu können. Mit Erfolg.



1965: GdP-Protestveranstaltung für die gerechtere Bewertung des Polizeidienstes in der Ruhrland-Halle (NRW) Foto: DP

1966 tritt die GdP erstmals als selbstständiger Tarifpartner auf. Das bereits zuvor schwelende Thema der Militarisierung des Polizeidienstes flammt in den 1960er-Jahren mit der Debatte um die Notstandsgesetzgebung erneut auf und wird zu einem der Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Arbeit dieses Jahrzehnts. Schon 1961 legt die GdP erfolgreich Verfassungsbeschwerde gegen die Einführung von Explosivmitteln als Polizeiwaffen ein. Weitere Vorstöße wie die Einführung einer Polizeidienstpflicht oder die Übertragung des Objektschutzes an die Polizei im Kriegsfall können ebenfalls abgeschmettert werden. Mit einem völkerrechtlichen Rechtsgutachten gelingt es der Gewerkschaft 1963, den Status der Polizei als zivile Verwaltungsbehörde festzuschreiben. Den finalen Erfolg bildet die Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung am 30. Mai 1968 ohne Vermischung polizeilicher und militärischer Aufgaben.



Werner Kuhlmann Foto: DP

Werner Kuhlmann

* 27.2.1921; † 22.5.1992

Zitat: „Wenn die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland der Polizei heute ein überraschend hohes Maß an Vertrauen entgegenbringt, so hat die Gewerkschaft der Polizei an dieser erfreulichen Entwicklung wesentlichen Anteil.“

Bundesvorsitzender: 1958 – 1975

Als Kind war Werner Kuhlmann von 1931 bis 1933 Mitglied der Sozialistischen Jugend Deutschlands (Die Falken). 1939 legte er die Gesellenprüfung zum Landschaftsgärtner ab. Von 1940 – 1945 war er als Soldat im Zweiten Weltkrieg. Danach trat Kuhlmann in den Polizeidienst ein und wurde Kriminalbeamter. 1948 wurde er auch Mitglied in der Gewerkschaft. Zehn Jahre später übernahm er den Bundesvorsitz der GdP. 1962 kandidierte Kuhlmann erfolgreich für den nordrhein-westfälischen Landtag und blieb bis 1980 Abgeordneter der SPD. 1975 gab er den GdP-Vorsitz ab, um Oberbürgermeister von Gelsenkirchen zu werden. Dieses Amt hatte er bis 1989 inne. 1992 verstarb Kuhlmann.

Unterdessen steigt die Mitgliederzahl weiter an. 1964 wird das hunderttausendste GdP-Mitglied aufgenommen. Mit der Gründung der JUNGEN GRUPPE (GdP) am 1. April 1966 erhält die stetig wachsende Zahl junger Mitglieder eine eigene, starke Stimme. Damit trägt die GdP auch dem Zeitgeist Rechnung. Die ausgehenden 1960er-Jahre sind in der westlichen Welt, ausgelöst durch die Studentenbewegung, von einer politischen Aufbruchstimmung geprägt, deren Diskussionskultur sich auch in den Gewerkschaften niederschlägt.



1968: 12. Delegiertenkongress in Berlin im Kontext der Notstandsregelungen Foto: DP

Die Bundesgeschäftsstelle sowie die Wirtschaftsunternehmen Organisations- und Servicegesellschaft (OSG) und der VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR (VDP) können 1967 das neugebaute Gewerkschaftshaus in Hilden beziehen. Noch im selben Jahr setzt die GdP mit ihrer Denkschrift „Kapitulation vor dem Verbrechen“ erhebliche Verbesserungen bei Ausrüstung, Personal und Bewertung in der Kriminalpolizei durch.

Unmut über Besoldung und RAF-Terror



1971: GdP-Demonstration in Wiesbaden im Zuge der bundesweiten Protestwelle nach Übertragung der Besoldungszuständigkeit Foto: DP

1971 wechselt die Besoldungszuständigkeit von den Ländern zum Bund. Die enttäuschte Hoffnung auf damit einhergehende strukturelle Verbesserungen im Polizeidienst löst massive Proteste aus. Rund 30.000 Demonstranten folgen dem Ruf der GdP auf die Straße. Bereits im Vorjahr diskutierte Überlegungen zu einem Streikrecht bei der Polizei stoßen bei den Mitgliedern auf starke Zustimmung – 93 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus. Eine rechtliche Prüfung ergibt jedoch, dass der Beamtenstatus und das Streikrecht einander ausschließen. An der Bereitschaft, sich für die eigenen Belange stark zu machen, ändert dies jedoch nichts. 1974 nehmen die Spannungen zwischen den Verhandlungsparteien dermaßen zu, dass es zum ersten Streik im öffentlichen Dienst kommt. Auch die in der GdP organisierten Angestellten sowie Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligen sich und setzen damit ein Zeichen für die innergewerkschaftliche Solidarität. Die Bilanz der Arbeitskämpfe dieses Jahrzehnts ist beachtlich: Neben einer Lohnsteigerung von 11 Prozent können das 13. Monatsgehalt, eine Entschädigung für angeordnete Mehrarbeit, die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DUZ), Urlaubsgeld (1977) sowie die 40-Stunden-Woche (durch

Streik 1974), die bundeseinheitliche Dienstkleidung (1974) und die Umsetzung des Jugendschutzgesetzes (1977) bei der Polizei durchgesetzt werden.

Auch innerhalb der GdP verändert sich einiges. Auf der Feier anlässlich des 25-jährigen Bestehens der GdP übergibt Kuhlmann den Vorsitz an Helmut Schirmmacher. Kurz darauf wächst die Zahl der Mit-

Helmut Schirmmacher

* 6.5.1923; † 11.5.2009

Zitat: „Ich habe die GdP nicht ausschließlich als Einkommensverbesserungsverein oder als Klub zur Pflege der Kameradschaft verstanden, sondern stets als eine an der Zukunft orientierte, aktive, dynamisch für die Mitgliedsinteressen in sachlicher Ausgewogenheit streitende und kämpfende Organisation.“

Bundesvorsitzender: 1975 – 1981

Helmut Schirmmacher trat 1947 in den Polizeidienst ein. 1949 war er Gründungsmitglied des „Bund der Polizeibeamten des Landes Niedersachsen“, der ein Jahr darauf in der neugegründeten GdP aufging. 1969 wurde Schirmmacher Landesvorsitzender in Niedersachsen. Von 1970 bis 1975 war er zudem stellvertretender GdP-Vorsitzender auf Bundesebene. 1975 wurde er auf dem Bundeskongress zum Vorsitzenden gewählt. In dieser Funktion machte sich Schirmmacher für den Beitritt der GdP in den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) stark. Nach sechs Jahren trat er 1981 von seinem Amt zurück, da er zum Polizeipräsidenten von Bielefeld ernannt worden war. 2009 verstarb der Träger des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik.



Helmut Schirmmacher Foto: DP

glieder, da – nach strukturellen Anpassungen innerhalb der Behörde – künftig auch die Angehörigen des BGS mit organisiert werden. Durch die Aufnahme in den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) festigt die GdP 1978 ihre Stellung.



1977: Trauermarsch für die bei der Schleyer-Entführung von der RAF ermordeten drei Kollegen Foto: DP

Der Polizeidienst wird in den 1970er-Jahren nicht einfacher. Mit der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) rückt das Problem des inländischen Terrorismus erstmals in den Fokus der allgemeinen Aufmerksamkeit. Die Gewalt gipfelt 1977 im sogenannten Deutschen Herbst.

Mit der Rasterfahndung wird in diesem Zusammenhang erstmals eine Ermittlungstaktik genutzt, die auf der massenhaften Zusammenführung und Auswertung von Daten beruht. Daneben tritt mit der Drogen- und Beschaffungskriminalität ein weiteres polizeiliches Tätigkeitsfeld in den Vordergrund. Mit den wachsenden Aufgaben wächst auch die Belastung bei der Polizei. 1975 macht der GdP-Fachausschuss Schutzpolizei mit einem Forderungskatalog „Schichtdienst und seine Folgen“ auf die spezifischen Belastungen des Wechselschichtdienstes aufmerksam. Vier Jahre später verabschiedet der Delegiertenkongress in Hannover dazu eine entsprechende Resolution.

Kampf gegen Sparmaßnahmen



1980: Kundgebung nach einer Großdemonstration für Verbesserungen im Wechselschichtdienst mit 7.000 Polizeibeamten in Köln

Foto: DP

Mit den 1980er-Jahren endet die lange Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Bundesrepublik. Phänomene wie Massenarbeitslosigkeit beantwortet die Regierung mit einer rigorosen Sparpolitik. Auch die Polizei bekommt die Einsparungen zu spüren. 1982 protestieren 50.000 Menschen in Bonn gegen die Rotstiftpolitik der öffentlichen Arbeitgeber – darunter 6.000 GdP-Mitglieder. In den folgenden Jahren gelingt es der GdP, Nullrunden bei der Polizei zu verhindern und auch Pläne, die Beamtenbesoldung per Bundesgesetz im Voraus zu regeln, können abgewehrt werden.



1981: Vereidigung der ersten Schutzpolizistinnen auf dem Rathausplatz in Hann. Münden (Niedersachsen)

Foto: DP

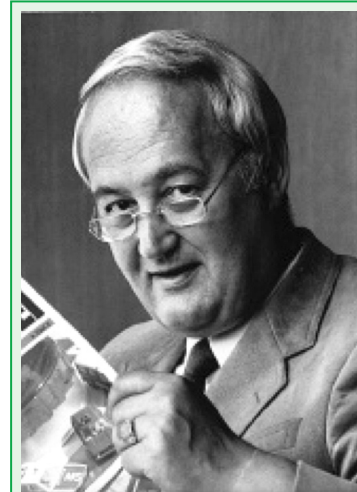
Seit 1980 werden auch Frauen in den allgemeinen Dienst der Schutzpolizei eingestellt. Frauen im Polizeidienst gab es bereits seit der Weimarer Republik, wo ihnen Spezialaufgaben vor allem im Bereich der Jugend- und Sexualdelikte anvertraut wurden. Polizistinnen, die in al-

len Aufgabenfeldern tätig sind, stellen jedoch ein Novum dar. Die GdP begrüßt die neuen Mitstreiterinnen und gründet mit der Frauengruppe 1983 eine eigene Vertretung innerhalb der Gewerkschaft.



1982: DGB „Beamten-Demo“ in Bonn

Foto: DP



Günter Schröder Foto: DP

Günter Schröder

* 8.4.1937

Zitat: „Wer heute aufhört zu demonstrieren, darf sich nicht wundern, wenn morgen keine Diskussionsveranstaltung mehr stattfinden darf.“

Bundesvorsitzender:

1981 – 1986

Günter Schröder war ab 1975 GdP-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Am 26. Juni 1981 übernahm er den Bundesvorsitz der GdP. In seine Amtszeit fielen die Aufnahme in den DGB und die Einstellung von Frauen in den Polizeidienst. Schröder fungierte ebenfalls als Präsident der Internationalen Union der Polizeigewerkschaften (UISP). 1986 trat er im Kontext einer Debatte über seine Kritik an der Festnahme Alfons Lappas auf dem Bundeskongress des DGB zurück. Im Februar 1987 legte Schröder auch sein Amt als Landesvorsitzender in NRW nieder.

Günther Schröder, der von 1981 an als GdP-Vorsitzender amtiert, übergibt 1986 das Amt an Hermann Lutz. Ab Mitte des Jahrzehnts werden Überalterung und soziale Absicherung im Alter zu neuen Schwerpunktthemen der gewerkschaftlichen Aktivitäten. Nicht zuletzt die 1987 gegründete Seniorengruppe verleiht den älteren Beschäftigten sowie den Pensionärinnen und Pensionären der Polizei eine hörbare Stimme.



1986: Bundesweite Plakataktion Foto: DP

Mit den in den 1980er-Jahren beginnenden Castor-Transporten wachsen die Aufgaben der Polizei weiter. Die regelmäßige Einsatzbetreuung bei diesen wie auch anderen Großeinsätzen gehört zu den obligatorischen Aufgaben der GdP. Die anhaltenden Demonstrationen von Atomkraftgegnern und die damit einhergehenden, teils gewaltsamen Auseinandersetzungen werden zu einem medialen wie polizeigewerkschaftlichem Dauerthema. Inhaltlich beschäftigt sich die GdP des Weiteren mit Themenfeldern wie Wirtschaftskriminalität, organisiertes Verbrechen und der Verkehrsunfallentwicklung. Der Mauerfall 1989 markiert das Ende des Kalten Krieges und leitet eine neue – hoffnungsvolle – Ära ein.



1989: Hermann Lutz (m.) spricht mit der Besatzung eines Einsatzwagens an der Mauer vor dem Brandenburger Tor kurz nach der Grenzöffnung Foto: DP

Von der Wiedervereinigung zur Deutschen Einheit

Die Wiedervereinigung vollzieht die GdP auch auf gewerkschaftlicher Ebene. Bereits kurz nach dem Mauerfall hatte sich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR eine neue Polizeigewerkschaft, die Gewerkschaft der Volkspolizei (GdVP), gegründet. Schnell wird aber deutlich, dass eine bundesweit einheitliche Organisation spürbar mehr Schlagkraft entfalten kann. Die GdVP organisiert seit Anfang 1990 rund 83.000 Mitglieder aus der Volkspolizei, der Feuerwehr, des Strafvollzuges und des Innenministeriums der DDR unter dem Dach des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB). Ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress beschließt später vor dem Hintergrund des unterzeichneten



Hermann Lutz Foto: DP

Hermann Lutz

* 3.4.1938

Zitat: „Die zentrale Funktion des staatlichen Gewaltmonopols für den Rechtsstaat muss in der politischen Diskussion wieder verstärkt herausgestellt werden.“

Bundsvorsitzender:
1986 – 1998

1957 trat der damalige Leistungssportler Hermann Lutz in den Polizeidienst ein. Ein Jahr darauf wurde er

Mitglied der GdP. 1974 wurde er zum Polizeirat ernannt und war in den folgenden Jahren im Fachbereich „Polizei“ als Dozent für Politikwissenschaft an der rheinland-pfälzischen Fachhochschule für Verwaltung tätig. 1976 wurde Lutz Landesvorsitzender der GdP in Rheinland-Pfalz und ab 1981 stellvertretender Bundesvorsitzender. 1986 wählte man ihn zum Bundesvorsitzenden der GdP. Damit war er der erste Vorsitzende einer DGB-Einzelgewerkschaft, der zugleich CDU-Mitglied war. In seiner Amtszeit setzte er sich insbesondere für sichere Arbeitsbedingungen im Polizeidienst ein. Von 1989 bis 2003 fungierte Lutz zudem als Präsident der Internationalen Union der Polizeigewerkschaften (UISP).



1990: Bundespräsident Richard von Weizsäcker (r.) gratuliert GdP-Vorsitzendem Hermann Lutz zur Theodor-Heuss-Medaille für den Einsatz gegen Rechtsextremismus Foto: Graffiti

Einigungsvertrages, der Wiedervereinigung und der damit einhergehenden föderalen Strukturen der Polizei sowie der Auflösung des FDGB, die GdVP zum 30. September 1990 aufzulösen. Der überwiegende Teil der Mitglieder der GdVP tritt nach der Einheit der GdP bei. Ab Oktober 1990 entstehen regionale GdP-Bezirke in den sogenannten neuen Ländern. Auch wenn das geteilte Deutschland nun der Vergangenheit angehört, sollte es ein langer Weg werden, bis die Einheit in allen Bereichen realisiert wird. Die GdP unterstützt die Kollegenschaft in Ostdeutschland beim Aufbau demokratischer und gewerkschaftlicher Strukturen. Während der das ganze Jahr 1993 andauernden Aktion „Demokratie braucht unseren Einsatz“ veranstaltet sie in fünf ostdeutschen Städten Foren und begleitet die neuen Kolleginnen



1997: Hermann Lutz (2. v. r.) und Bernhard Witthaut (r.) begleiten den Einsatz rund um den Castor-Transport Foto: DP



1997: Polizisten und Demonstranten beim Castor-Transport Foto: dpa

und Kollegen auf ihrem Weg in den gewerkschaftspolitischen Alltag Deutschlands.

Die Angleichung der Gehälter im Osten ist auch für die GdP das bestimmende Thema dieses Jahrzehnts. Um der Forderung das nötige Gewicht zu verleihen, ruft die GdP 1992 zum zweiten Mal in ihrer Geschichte zum Streik auf. Mit der Erhöhung des Urlaubsgeldes und der Ausbildungsgehälter sowie einer allgemeinen Steigerung der Löhne und Gehälter um 5,4 Prozent kann ein Teilerfolg erzielt werden. Trotzdem erhalten Polizisten und Polizistinnen in den Ost-Ländern nur 74



1992: Zweiter Streik im Öffentlichen Dienst Foto: DP



1992: Zweiter Streik im Öffentlichen Dienst Foto: Schöneck/lt

Prozent des Gehalts, das im Westen bezahlt wird. Diesem Missverhältnis widmet sich 1998 die GdP-Kampagne „Da fehlt noch was!“, bei der die Landesbezirke im Rahmen der Tarifverhandlungen auf 85 Mark verminderte „Hundertmarkscheine“ verteilen. Mit der Aktion „Schluss mit der Salamitaktik“ bekräftigt die Gewerkschaft ihre Forderung im folgenden Jahr nochmals eindrucksvoll.



1998: Demonstration für die Angleichung der Gehälter in Ost und West Foto: DP

Während in den 1970er-Jahren die Gefahr von Links kam, beginnt es nun am rechten Rand zu brodeln. Die Ausschreitungen im sächsischen Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen (1991/92) bilden nur den Auftakt zu weiteren rechtsextremen Gewaltausbrüchen. Die GdP, deren Vorsitzender Lutz bereits 1990 für den Einsatz gegen Rechtsextremismus mit der Theodor-Heuss-Medaille ausgezeichnet worden war, verabschiedet auf ihrem Bundeskongress 1994 als deutliches Zeichen einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegen die rechtsextreme Deutsche Volksunion (DVU). Zwei Jahre darauf verstärken erstmals in Bosnien-Herzegowina auch deutsche Polizisten das Polizeikontingent der Vereinten Nationen (UN). 1999 be-



Norbert Spinrath Foto: DP

Zitat: „Wenn eine Bundesregierung – zumal eine sozialdemokratische – die Beamten von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln will, indem das Tarifergebnis im öffentlichen Dienst nicht übernommen wird, kann das nur als ungeheuerliche Provokation gewertet werden.“

Norbert Spinrath

* 26.9.1957

Bundsvorsitzender: 1998 – 2000

Nach seinem Schulabschluss trat Norbert Spinrath 1974 die Ausbildung im Polizeivollzugsdienst in Nordrhein-Westfalen an. 1978 trat er in die GdP ein und wurde im Personalrat tätig. 1994 wurde er stellvertretender Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Auf dem Bundeskongress 1998 wurde Spinrath zum Vorsitzenden der GdP gewählt. Zudem war er Vizepräsident des Syndicats de Police (UISP). 2000 trat er aus persönlichen Gründen vom Amt des Bundsvorsitzenden zurück. Von 2013 bis 2017 zog er über die Landesliste Nordrhein-Westfalen für die SPD in den Bundestag ein. Dort war er europapolitischer Sprecher seiner Fraktion.



21. Ordentlicher Bundeskongress

Aufbruch in Bremen

1998: 21. Bundeskongress in Bremen Foto: DP

sucht eine Abordnung der GdP die im Kosovo eingesetzten Kollegen.

Der 1995 geplanten Dienstrechtsreform zeigt die GdP symbolisch die „Gelbe Karte“. Der Protest zeigt Wirkung, und die Reform passiert das Parlament in deutlich abgemilderter Form. Auch Pläne, Zeitsoldaten mit einer verkürzten Ausbildung in den Polizeidienst zu übernehmen, können verhindert werden. Stattdessen macht sich die GdP für die zweigeteilte Laufbahn stark, die sich in einzelnen Bundesländern seit 1991 durchzusetzen beginnt. Mit ihrem „Thesenpapier zur zweigeteilten Laufbahn“ legt sie 1992 eine theoretische Blaupause vor. Nachdem bereits 1972 mit der Studie „Gebremste Polizei“ erste Forderungen nach einer Hochschulbildung für Polizeibeamtinnen und -beamte erhoben wurden, legt die GdP 1996 mit ihrem Papier „Forderungen der GdP zur Zukunft des höheren Polizeidienstes“ nach. Darin spricht sie sich für eine Weiterentwicklung der in Münster ansässigen Polizeiführungsakademie zu einer internen Hochschule der Polizei aus.

Mit einem neuen Grundsatzprogramm (1990) und dem seit 1992 bestehenden Gewerkschaftsbeirat als höchstem Gremium zwischen den Delegiertenkongressen modernisiert die GdP ihre Strukturen. Auch der 1990 auf den Weg gebrachte Frauenförderplan bereitet die gleichstellungspolitische Zukunft vor. Als Vorsitzender fungiert ab 1998 Norbert Spinrath.

Die GdP im neuen Jahrtausend

Das neue Jahrtausend beginnt mit einem Schock für die Polizei. Bereits im ersten Halbjahr 2000 werden fünf Einsatzkräfte im Dienst ermordet. Mehr als 8.000 Kolleginnen und Kollegen protestieren bei einem Schweigemarsch in Dortmund gegen Gewalt gegen Polizeibeamte. Die GdP stößt als Reaktion darauf die vielbeachtete Studie „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte 1985 – 2000“ an, mit der das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) beauftragt wird. Die Ergebnisse zeigen, dass Gewalterfahrungen in diesem Zeitraum signifikant zugenommen haben und stützen die GdP-Forderung nach besserer Ausrüstung und Eigenschutz.

11. September 2001: Der Terroranschlag auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in der US-amerikanischen Hauptstadt Washington rücken die Gefahr des internationalen Terrorismus abrupt in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Auch für die Polizei entstehen dadurch neue Aufgaben im Feld der Terrorabwehr. Unter dem Eindruck



2001: GdP-Demonstration gegen Kürzungspläne Foto: DP

weiterer Terroranschläge in Madrid (2004) und London (2005) stellt die GdP ihr zweites Positionspapier zur „Bekämpfung des islamistischen Terrorismus“ vor. Darin enthalten sind Forderungen nach einem dritten Sicherheitspaket, dass die Bekämpfung der Ursachen des Terrorismus und die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene betont. Großveranstaltungen bedeuten für die Polizei auch immer Großeinsätze – und von diesen gibt es im neuen Jahrtausend einige. Sowohl während der Weltausstellung EXPO 2000 als auch bei der Fußball-WM in Deutschland 2006 ist die GdP vor Ort und betreut die Kräfte aus dem In- und Ausland bei ihrem Einsatz. Ab 2008 werden Polizeiuniformen an den europäischen Standard angepasst – von grün zu blau. Die wachsende Staatsverschuldung führt zu erheblichen Einsparungen im öffentlichen Dienst. Immer wieder muss sich die GdP gegen Versuche wehren, die Wochen- und Lebensarbeitszeit zu verlängern und Zulagen zu kürzen. Mit der Aktion „Rote Karte“ demonstrieren GdP-Mitglieder 2003 gegen den fortschreitenden Sozialabbau. Bereits früh macht die GdP auch auf die Gefahren der Privatisierung öffentlicher

Dienstleistungen aufmerksam. Mit der verfassungsrechtlichen Festschreibung der sogenannten Schuldenbremse werden 2009 die Weichen für die harten Verhandlungen im kommenden Jahrzehnt gestellt. 2005 findet erstmals ein Arbeitsschutzsymposium der GdP statt. Neben der körperlichen Komponente wird zunehmend die psychische Belastungssituation des Polizeidienstes reflektiert und entsprechende Forderungen erhoben. Im selben Jahr löst der neue, modernisierte und gestraffte Tarifvertrag (TVöD) den vorher gültigen Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) ab. Mit dem Ende der Gründungsphase der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) erfüllt sich die lang vorgebrachte GdP-Forderung nach der Akademisierung des Polizeiberufes. 2007 starten die ersten Masterstudiengänge.



Konrad Freiberg

Foto: GdP/Hagen Immel

Konrad Freiberg

* 23.7.1951

Zitat: „Die ewigen Forderungen nach härteren Gesetzen sollen oft nur übertünchen, wie der Staat tatsächlich in die Polizei zu investieren bereit ist – letztlich zu Lasten der Sicherheit.“

Bundvorsitzender: 2000 – 2010

Konrad Freiberg trat 1968 in die Polizei ein. 1978 wurde er Mitglied in der GdP und war ab 1979 im Personalrat aktiv. Ab 1986 war er Vorsitzender des Fachausschusses Kriminalpolizei und wurde 1990 Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP. 1994 wurde Freiberg stellvertretender Bundesvorsitzender und 1997 Landesvorsitzender in Hamburg. Im Jahr 2000 übernahm er kommissarisch den Bundesvorsitz und wurde 2002 in diesem Amt bestätigt. In seiner zehnjährigen Amtszeit stemmte er sich gegen den massiven Personalabbau und soziale Verschlechterungen bei der Polizei und kritisierte die zunehmende Gewalt gegen Polizisten. Nachdem er 2010 nicht mehr zur Wahl zur Verfügung stand, wurde er 2013 Bürgervorsteher seiner Heimatstadt Schwarzenbek.



2003: Aktion „Rote Karte“ in Hannover: Dietmar Schilff (r., damals stellvertretender Vorsitzender Niedersachsen) im Gespräch mit Sigmar Gabriel (l., damals Ministerpräsident in Niedersachsen) Foto: DP

Die GdP analysiert 2001 mit einer Mitgliederbefragung ihre eigene Rolle und nutzt die Ergebnisse, um ihre Arbeit noch effektiver auszugestalten. Die Eröffnung der Bundesgeschäftsstelle in Berlin im Folgejahr intensiviert den Kontakt zur Bundespolitik noch einmal. Der seit zwei Jahren agierende kommissarische Bundesvorsitzende Konrad Freiberg wird 2002 in seinem Amt bestätigt. Auf internationaler Ebene befindet sich die polizeigewerkschaftliche Organisation im Umbruch: Die European Confederation of Police (EuroCOP) ersetzt die Vorgängerorganisation. Unter ihrem Dach vereint sie 25 Gewerkschaften aus allen Teilen der Europäischen Union (EU).

Das zweite Jahrzehnt

Gleichstellungspolitische Themen rücken verstärkt in den Fokus der gewerkschaftlichen Arbeit. Mit ihrem Mentoring-Programm gelingt es der Frauengruppe (Bund), Kolleginnen gezielt für die Gewerkschaftsarbeit zu motivieren und zu stärken. Achtzehn Monate nach Ende des ersten Durchlaufs bekleiden alle zwölf Teilnehmerinnen Funktionen in der GdP. Das gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführte Projekt „Beurteilung im Polizeivollzugsdienst – Gewährleistung der Gleichstellung der Geschlechter“ beleuchtet zugleich schlaglichtartig die strukturelle Unterbewertung von Polizeibeamtinnen. Mit ihren Arbeitsgruppen „Häusliche Gewalt“ (2013) und „Menschenhandel und Zwangsprostitution“ (2014) nimmt die Frauengruppe zudem aktiv Anteil an der Ausgestaltung neuer Gesetze.

Die fortschreitende Digitalisierung bringt für die Polizei neben neuen Ermittlungsmethoden und -instrumenten auch neue Aufgabenfelder



Bernhard Witthaut

Foto: GdP/Hagen Immel

Bernhard Witthaut

* 20.7.1955

Zitat: „Wer längere Laufzeiten für Atomkraftwerke beschließt, darf sich nicht über längere Laufzeiten für Castor-Transporte wundern.“

Bundesvorsitzender:
2010 – 2013

Bernhard Witthaut trat 1975 seinen Dienst bei der Polizei an und begann 1981 die

Ausbildung zum Kommissar. 1982 trat er in die GdP ein und wurde 1994 Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand. 1997 wurde Witthaut zum Landesvorsitzenden in Niedersachsen und im Jahr darauf zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. 2010 übernahm er für drei Jahre den Bundesvorsitz, den er auf Grund seiner Ernennung zum Polizeipräsidenten der Polizeidirektion Osnabrück abgab. 2019 wurde er zum Präsidenten des Verfassungsschutzes Niedersachsen berufen.

mit sich. Dazu kommt, dass sich nahezu alle bekannten Straftatbestände auch in den digitalen Raum ausweiten. Die GdP fordert daher eine „smarte“ Polizei, die sowohl technisch als auch personell auf die neuen Herausforderungen vorbereitet ist. Dazu gehört ebenfalls die Beschäftigung mit neuen Technologien. So setzt sich das GdP-Verkehrsforum 2016 beispielsweise mit den Chancen und Gefahren des autonomen Fahrens auseinander. Um diese Entwicklungen auch künftig wirksam zu begleiten, wird Anfang 2020 die IT-Kommission der GdP ins Leben gerufen.

Auch bei der eigenen Außendarstellung und dem Mitgliederservice schöpft die GdP längst alle digitalen Möglichkeiten aus. Bereits 2013 entsteht im Rahmen der Tarifrunde ein Film, der über die Website der GdP abgerufen werden kann. Die erste GdP-App erscheint 2015 und wird 2018 grundlegend überholt und verbessert, um als wirksames Hilfsmittel die Kolleginnen und Kollegen im Dienst zu unterstützen. Der Bundesvorsitz geht 2013 von Bernhard Witthaut, der das Amt von 2010 an innehatte, auf Oliver Malchow über.

Auf europäischer Ebene kommt es 2015 zu einem Paradigmenwechsel. Grundlegende Differenzen, insbesondere über die Repräsentanz und das aktive Einbringen in den gesellschaftlichen Diskurs, führen zu einem Austritt der GdP aus EuroCOP. 2017 eröffnet die GdP ihr eigenes Büro im Haus der Hessischen Landesvertretung in Brüssel. Damit wird der räumliche Rahmen für einen intensiven Austausch mit der immer wichtiger werdenden EU-Politik geschaffen.

Eines der wichtigsten Themen des letzten Jahrzehnts ist die zunehmende Gewalt gegen die Polizei. Schon 2011 startet die Anti-Gewalt-Kampagne der GdP mit der Initiative „Auch Mensch“. Die ikonischen Plakate, die auch heute noch oft zu sehen sind, rufen in Erinnerung, was jedem bewusst sein sollte: In der Uniform steckt ein Vater, ein Bruder, ein Freund, eine Mutter, eine Tochter, eine Freundin. Die GdP fordert zudem einen neuen „Schutzparagrafen“, der den (tätlichen) Angriff auf Einsatzkräfte unter besondere Strafe stellt. 2017 reagiert die Politik und schafft mit dem Paragrafen 114 Strafgesetzbuch (StGB) einen eigenen Straftatbestand, von dem auch Feuerwehrleute und me-



Oliver Malchow

Foto: GdP/Hagen Immel

Oliver Malchow

* 29.6.1963

Zitat: „Die Gewerkschaft der Polizei ist eine gesellschaftspolitische Kraft, die sich als Vertreterin einer bürgernahen Polizei und damit als Vertreterin unseres demokratischen Rechtsstaates sieht. In diesem ist kein Platz für spaltende Elemente, Bürgerwehren oder polarisierende Halbwahrheiten. Wenn wir uns einer weiteren Spaltung der Gesellschaft entgegenstellen wollen, müssen wir uns mit den Ursachen und Folgen der sich ausbreitenden Ungleichheit und Unsicherheit, der immer größer werdenden Schere zwischen arm und reich auseinandersetzen und möglichst schnell zu Lösungen kommen.“

Bundesvorsitzender: 2013 bis heute

Oliver Malchow trat 1983 in den gehobenen Dienst der Polizei Schleswig-Holstein ein. 1985 wurde er Mitglied der GdP und arbeitete als Ausbilder und Fachlehrer bei der Bereitschaftspolizei. 1997 wurde er zum Vorsitzenden des Landesbezirks Schleswig-Holstein gewählt. 2003 machte er seinen Abschluss an der Polizeiführungsakademie in Münster-Hiltrup. Seit 2010 ist er Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand. Am 13. Mai 2013 wurde er zum neuen Bundesvorsitzenden der GdP gewählt und hat dieses Amt bis heute inne.



2011: Plakat zur Kampagne „Auch Mensch“ der JUNGEN GRUPPE (GdP)

Foto: mm-pictures

GmbH, Gestaltung: karadesign

dizinische Rettungskräfte profitieren. Die Einsätze rund um den im selben Jahr stattfindenden G20-Gipfel belegen die Notwendigkeit dieser Maßnahme. Das zunehmende Gewaltpotenzial in Teilen der Gesellschaft gehört zu den wichtigsten gesellschaftspolitischen Debatten unserer Zeit. Die GdP thematisierte dies bereits 2011 im Zusammenhang mit dem Geschehen rund um Fußballspiele, die immer öfter zu polizeilichen Großeinsätzen führten. Der unter Mitwirkung des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) und der „Deutschen Fußball Liga“ (DFL) durchgeführte Kongress steht daher unter dem Motto „Feindbild ins Abseits“.

Der Personalmangel bei der Polizei wird zum weiteren Schwerpunktthema des letzten Jahrzehnts. Durch die Spardoktrin der vorangegangenen Jahre, die zögerliche Neueinstellungspolitik und die generelle Überalterung der Gesellschaft steht die Polizei – im Übrigen nach wie vor – einem Nachwuchsproblem gegenüber. Mit der Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“ wirbt die GdP 2015 für eine Erhöhung der Personaldecke.

Als im Sommer desselben Jahres die Flüchtlingssituation Deutschland erreicht, stellte dies auch die Polizei vor neue Herausforderungen. Getreu dem Satz „Wir schaffen das“ werden alle Kräfte mobilisiert – mit tatkräftiger Unterstützung vieler pensionierter Kolleginnen und Kollegen, die temporär aus dem Ruhestand zurückkehrten, um bei der Registrierung Geflüchteter zu helfen. Doch nicht jeder begrüßt die Willkommenskultur: Mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) hält zunehmend der politische Populismus Einzug in die Parlamente. Die GdP betrachtet diese Entwicklung mit Sorge. 2017 lädt die JUNGE GRUPPE (GdP) zu einer Fachtagung mit den Schwerpunkten Populismus und Extremismus ein. Die Garantie demokratischer Grundrechte ist für die Gewerkschaft – nicht zuletzt aus eigener leidvoller Erfahrung – jeher oberstes Gebot.

Der auf dem 26. Ordentlichen Bundeskongress 2018 verabschiedete Dringlichkeitsantrag zum politischen Populismus ist daher eine logische Konsequenz. Einer Politik der Ausgrenzung bietet die GdP weder Austausch noch Bühne, sondern die Stirn. Auf der „Populismus-Fachtagung“ 2019 tauschten sich Gewerkschafter, Journalisten, Historiker und Politikwissenschaftler über wirksame Strategien der Aufklärung und den Umgang mit populistischen Thesen aus.

In diesem Zusammenhang ist die wachsende Problematik der digitalen Desinformation – oft „Fake News“ genannt – zu verstehen. Welchen Effekt die rasante Verbreitung von Verschwörungstheorien, Fehlinformationen und politischer Stimmungsmache haben kann, durften die Beamtinnen und Beamten auf der Straße zuletzt im Zusammenhang mit sogenannten Hygienedemos erfahren. Das seit Jahresbeginn auf der ganzen Welt grassierende Corona-Virus bietet augenscheinlich einen idealen Nährboden für Desinformationskampagnen. Die gewerkschaftliche Aufarbeitung des Pandemiegeschehens wird neben der konstruktiv-kritischen Begleitung der weiter fortschreitenden Digitalisierung eine der Schwerpunktaufgaben der noch immer jungen GdP sein.



2014: Parlamentarisches Frühstück: Wolfgang Bosbach (r., CDU), Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses, bei seiner GdP-Stippvisite mit Jörg Bruchmüller (l.) und Dietmar Schilff

Foto: GdP/Zielasko



2014: 25. Bundeskongress: In der ersten Reihe im Gespräch (v. r.): Bundesinnenminister Thomas de Maizière, GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, Bundesjustizminister Heiko Maas und stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender Jörg Radek

Foto: GdP/Hagen Immel



26. GdP-Bundeskongress 2018: Der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) (v. l.): Elke Gündner-Ede, weiteres Mitglied, Clemens Murr, Bundeskassierer, René Klemmer, stellv. Bundesvorsitzender (Tarif), Jörg Radek, stellv. Bundesvorsitzender, Oliver Malchow, Bundesvorsitzender, Hagen Husgen, Bundesschriftführer, Dietmar Schilff, stellv. Bundesvorsitzender, Katrin Kuhl, weiteres Mitglied – stellvertretend für den Bereich Finanzen, und Michael Mertens, stellv. Bundesvorsitzender

Foto: GdP/Hagen Immel

Bundestarifkommission

Eine Hauptaufgabe von Gewerkschaften ist die ständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Mitglieder. Diese Verbesserungen werden insbesondere auch mit den Mitteln der Tarifpolitik durchgesetzt.

Durch den Abschluss von Tarifverträgen, durch Einwirkung auf die Gesetzgebung sowie durch Gespräche und Verhandlungen mit den Behörden und (politischen) Entscheidungsträgern stellt die GdP immer wieder ihre

tarifpolitische Kompetenz unter Beweis und ist ein anerkannter, starker Verhandlungspartner. Für die erfolgreiche Durchführung dieser Verhandlungen und Gespräche bedarf es des Fachwissens der Mitglieder der Bundestarifkommission (BTK).

Bereits auf dem Delegiertenkongress der GdP im Jahre 1953 wurde initiiert, eine ständige Tarifkommission zu gründen. Die heutige Bundestarifkommission der GdP ist das Gremium, das die tarifpolitischen Weichen stellt. Sie setzt sich aus dem Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) und je zwei Tarifbeschäftigten eines jeden Landesbezirks/Bezirks zusammen. Vorsitzender der BTK ist der Bundesvorsitzende. Eine zentrale Aufgabe der BTK ist es, vor Beginn der Tarifverhandlungen die Forderungen aufzustellen und die Tarifverhandlungen zu begleiten. Sie berät und diskutiert das Arbeitgeberangebot und stimmt letztlich auch über eine Annahme beziehungsweise die Ablehnung ab. Zudem wird sie immer dann einberufen, wenn tarifpolitischer Handlungsbedarf besteht.

Um ihre tarifpolitische Arbeit zu erledigen beziehungsweise allen tarifpolitischen Themen gerecht zu werden, hat die BTK vier Arbeitsgruppen eingerichtet, die bei Bedarf tagen. Eine Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit sämtlichen Vorgängen hinsichtlich der Eingruppierung beziehungsweise den Entgeltordnungen. Eine weitere ist für die aktuellen sozialpolitischen Themen (zum Beispiel VBL, Rente, Schwerbehinderung) zuständig. Die dritte Arbeitsgruppe befasst sich mit den Grundsatfragen der Tarifpolitik und die vierte mit der Weiterentwicklung und den Problematiken der einzelnen Tarifverträge (TV-L/TVöD/TV-H etc.).

Die Möglichkeit und die Durchsetzungskraft, Tarifverträge abschließen zu können, macht die GdP erst zu einer Gewerkschaft und grenzt sie von einem reinen (Berufs-)Interessenverband ab. In den Jahren 1960 und 1961 haben wir durch den ersten Abschluss von Anschlussstarifverträgen und den Abschluss des BAT unsere Verhandlungsstärke bewiesen. Mit diesen Abschlüssen wurde die Tariffähigkeit der GdP ausdrücklich bestätigt, dies untermauerte unsere Stellung als Berufsorganisation.



2019: Sitzung der BTK am Verhandlungsort Potsdam zur Tarifrunde der Länder Foto: GdP/Christina Bicking

1974 gab es den ersten Streik im öffentlichen Dienst. Damals haben wir gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes erreicht, dass die Gehälter um elf Prozent gestiegen sind und Meilensteine erreicht worden sind, die heute als Selbstverständlichkeit hingenommen werden. Auch bei der zweiten großen Streikwelle im öffentlichen Dienst im Jahr 1992 wurde eine Lohn- und Gehaltssteigerung von 5,4 Prozent, eine Erhöhung des Urlaubsgeldes und der Ausbildungsvergütung sowie der Einkommensangleichung für den Osten von 60 auf 70 Prozent des Westniveaus unter Beteiligung der GdP erkämpft. Immer mitverantwortlich für solche Abschlüsse war und ist die Tarifkommission beziehungsweise BTK als führendes Gremium der Tarifpolitik.

Auch in darauffolgenden Jahren hat die GdP sich weiterhin für die Kolleginnen und Kollegen eingesetzt. 2005 folgte eine der schwierigsten Entscheidungen der BTK während der damaligen Tarifrunde. Sie musste über die Annahme des TVöD abstimmen, der den BAT abgelöst hat. Lange und schwierige Diskussionen bestimmten den Abstimmungsprozess.

2006 folgten 14 Wochen Streik mit dem Ergebnis eines neuen Tarifvertrages für die Länder, den TV-L, der auch in den Ländern nun den BAT ablöste.

Die Arbeit im Bereich der Tarifpolitik wurde in den letzten Jahren nicht einfacher und wird es auch in der Zukunft nicht sein. Ob es nun Schuldenbremsen, leere Haushaltskassen oder leider auch Pandemien sind. Die Arbeitgeber haben in den letzten Jahren immer neue Mittel und Wege gefunden, unsere absolut angebrachten Forderungen in Frage zu stellen.

Die GdP muss auch weiterhin ihre Stärke nutzen und auf die Straße bringen. Unser Grundgesetz ermöglicht uns das Starkmachen für die Belange unserer Mitglieder. Diese Möglichkeit sollten wir nutzen und auch künftig im Sinne „der Macher“ von 1953 unsere tarifpolitische Arbeit erfolgreich fortsetzen. Die BTK als starkes Gremium der tarifpolitischen Arbeit wird diese Prozesse auch weiterhin begleiten. Gemeinsam sind wir auch weiterhin erfolgreich.

Frauengruppe (Bund)

Im Jubiläumsjahr der GdP blickt die Frauengruppe (Bund) auf ihr 37-jähriges Bestehen zurück. Hat 1978 die Jugendzeitung der GdP „CONTACT“ noch provokativ über die „ungeliebten Schätzchen“ in der Gewerkschaft der Polizei berichtet, haben sich die Frauen in der Polizei und in der GdP längst etabliert. Über 50.000 Kolleginnen aus den Bereichen Polizeivollzug, Verwaltung und Tarifbeschäftigte stellen einen Mitgliederanteil von 26 Prozent dar.

1990 stellte Bayern als letztes Bundesland Frauen in den Polizeivollzugsdienst ein. Zu diesem Zeitpunkt konnte Hamburg bereits auf eine elfjährige Erfahrung mit Frauen im schutzpolizeilichen Vollzugsdienst zurückblicken. Gegen tradierte Rollenbilder müssen die Frauen jedoch auch im Jahr 2020 noch immer kämpfen. Die vielbeachtete Studie der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) „Nach Eignung, Leistung und Befähigung? – Beurteilung von Frauen und Männern im Polizeidienst“, die von der Frauengruppe (Bund) 2013 initiiert und begleitet wurde, zeigt es deutlich: Frauen werden mehrheitlich schlechter beurteilt als ihre männlichen Kollegen, insbesondere im gehobenen und höheren Dienst. Auch wenn Polizistinnen weitgehend akzeptiert und etabliert sind, haben vor allem Mütter und in Teilzeit beschäftigte Kolleginnen und Kollegen strukturelle Nachteile, wenn es um ihre Karrierechancen geht.

Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf nimmt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in der Gesellschaft eine immer größer werdende Rolle ein. Hervorragend ausgebildete Kolleginnen in den vielfältigen Sparten der Polizeiarbeit müssen auch mit familiären Verpflichtungen Karrierechancen nutzen können. Warum nicht Führen in Teilzeit? Das ist nur eines der vielen Themen, denen sich die Frauengruppe der GdP annimmt. Viele Wege zur Gleichstellung in der Polizei sind notwendig. Die Einbeziehung der Digitalisierung in die Arbeitswelt ist ein Instrument, was es zu nutzen gilt. Flexibles und digitales Arbeiten soll – da wo möglich – selbstverständlich werden. Doch in der Behördenstruktur herrscht diesbezüglich noch eher eine Präsenzkultur vor. Gerade die Zeit der Corona-Pandemie hat uns gezeigt, dass Arbeiten auch im Homeoffice möglich ist. Eine besondere Vorbildrolle übernehmen dabei Führungskräfte, die genau diesen Weg beschreiten. Hier gilt es, eine ausgewogene Balance zwischen Präsenz und mobiler Arbeit zu finden. Die digitalen Möglichkeiten wurden in dieser Zeit auch für Aus-, Fort- und Weiterbildung genutzt. Diese zeitgemäße Form der Wissensvermittlung gilt es weiterhin zu nutzen und festzuschreiben. Sie bildet einen weiteren Schritt zu einer verbesserten Vereinbarkeit für beide Geschlechter. Verbindliche Regelungen in den Polizeibehörden helfen, dass Lebensqualität und die Vereinbarkeit unter dem Blick der Polizei 4.0 verbessert werden können. Diese Chance gilt es zu nutzen.

Viele engagierte Kolleginnen arbeiten in den örtlichen Frauengruppen, im Landes- oder Bezirksfrauenvorstand, in Fachausschüssen, in den Kreis- und Bezirksgruppen oder auf Landes-, Bezirks- und Bundesebene. Nur so können wir viel bewegen und die berechtigten Anliegen der Kolleginnen werden gehört. Seit dem Jahr 2012 fördert die Frauengruppe der GdP – mit finanzieller Unterstützung der Walter-



2018: Der Geschäftsführende Bundesfrauenvorstand mit dem zuständigen GBV-Mitglied Elke Gündner-Ede (l.) nach der Wahl auf der 7. Bundesfrauenkonferenz Foto: GdP/Hagen Immel

Hesselbach-Stiftung – Mentoring- und Personalentwicklungsprojekte für Frauen, die sich in den Gremien der GdP engagieren wollen. Die GdP-Frauen haben viel bewegt!

Einige unserer wichtigsten Themen:

- Verbesserung der Aufstiegschancen von Frauen in der Polizei
- Gleichstellungsarbeit
- Entgeltgleichheit
- Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf.
- Arbeits- und Gesundheitsschutz – insbesondere zu geschlechtsspezifischer Ausstattung im Polizeivollzug

Gesellschaftspolitische Themen mit polizeilichem Bezug liegen uns ebenfalls am Herzen. Hierzu wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, mit Kolleginnen der Landesfrauen- und Bezirksfrauengruppen oder je nach Themenlage Kolleginnen mit dienstlicher Erfahrung in den Bereichen:

- Häusliche Gewalt
- Menschenhandel und Zwangsprostitution
- Gleichstellung und Chancengleichheit in der Polizei

Zur Information und Sensibilisierung wurden in der jüngsten Vergangenheit Broschüren zu folgenden Themen erstellt:

- Vielfalt in der Arbeitswelt
- Altersarmut von Frauen
- Vereinbarkeit von Beruf und Pflege

Die thematische Vorbereitung des Internationalen Frauentages, Fachveranstaltungen, Arbeitstagungen, Anfragen von Medien, Fachgespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Politik runden die Arbeit der Frauengruppe auf Bundesebene ab. Die Mitarbeit und Gestaltung im DGB ist eine ständige Aufgabe der GdP-Frauen.

Einiges bewegt sich, vieles muss noch bewegt werden. Auch im 21. Jahrhundert stoßen Frauen noch immer an die „Gläserne Decke“ – auch im öffentlichen Dienst. Wir sind noch lange nicht am Ziel und werden unsere Arbeit fortsetzen!

Seniorengruppe (Bund)

Jubiläen werden genutzt, um Bilanz zu ziehen, Erreichtes zu loben, aber auch kritisch die Vergangenheit zu überprüfen und Ideen für künftige Aufgaben zu entwickeln. 1973, also 23 Jahre nach Gründung der Gewerkschaft der Polizei, beschlossen die Delegierten des Gewerkschaftstages in Hamburg, dass künftig ein „Beisitzer für Versorgungsfragen“ im GdP-Bundesvorstand sitzen soll. Damit trägt seither die GdP dem besonderen Umstand Rechnung, dass Ruheständlerinnen und Ruheständler Interessen und Anliegen haben, die sich von denen der „Aktiven“ im Beruf in vielen Bereichen unterscheiden. Allerdings ist es auch nach einem halben Jahrhundert immer noch ein teilweise mühsamer Weg zur Verbesserung der Interessenvertretung dieser Gruppe „außerhalb“ des Polizeiberufs. 1986 beschloss der GdP-Bundeskongress in Mannheim auf zunehmenden Druck der Seniorinnen und Senioren die Einrichtung einer Seniorengruppe auf Bundesebene mit eigenen Richtlinien und einem gewählten Vorstand.

„Die größte Kulturleistung eines Volkes sind die zufriedenen Alten.“

Japanisches Sprichwort



in der GdP wollen eine moderne Politik für das Alter, die die Potentiale des demografischen Wandels aufgreift und nutzt. Wir setzen auf eine stärkere Beteiligung lebensälterer Menschen an der politischen Willensbildung. Und in diesem Sinne ist die Seniorengruppe der GdP auch Mitglied in der BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen) und beteiligt sich aktiv an der Seniorenarbeit des DGB. Ganz nach unserem Motto „Erfahrung gestaltet Zukunft“ wollen wir daran mitwirken, dass die Solidarität zwischen aktiven Polizeibeschäftigten und uns Ruheständlerinnen und Ruheständlern gefördert und

verbessert wird. Wir GdP-Seniorinnen und -Senioren wollen aktiv die gestellten Aufgaben eigenverantwortlich innerhalb der GdP wahrnehmen und Impulse in die eigene Organisation, die Politik und die Gesellschaft geben. Bestehende Sozialsysteme müssen zukunftssicher erhalten bleiben. Der Übergang in den Ruhestand soll flexibel gestaltet werden können. Die Älteren sind Teil des Ganzen. Wir wollen die Jugend für die Zukunft begeistern und die Älteren im Engagement erhalten. Nach Erreichen des Ruhestands bedeuten das Eingebundensein in eine Gemeinschaft und der Kontakt zu anderen Menschen heute in besonderem Maße oftmals Sinngebung und Strukturierung des Alltags. Die Älteren wollen in diesem Lebensabschnitt aber vor allem feststellen können, dass die Gesellschaft ihre Lebensleistung honoriert. Dabei sind nicht Wenige bereit, auch neue Aufgaben zu übernehmen. Diese Tätigkeiten vermitteln dann das Gefühl, gebraucht zu werden, Verantwortung tragen zu können, neue Erfahrungen zu machen und Neues zu lernen.



2018: Der Geschäftsführende Bundesseniorenvorstand mit dem zuständigen GBV-Mitglied Jörg Radek (l.) und dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow (2. v. r.) nach der Wahl auf der 8. Bundesseniorenkonferenz Foto: GdP/Hagen Immel

Insofern war die Bundes-GdP Vorreiter, denn mancher damalige Landesbezirk vollzog diese organisierte Seniorenarbeit erst viele Jahre später.

Dicke Bretter mussten trotzdem von den Seniorinnen und Senioren durchbohrt werden. Am Anfang war die Seniorenarbeit oft geprägt vom Einsatz für die beamteten- und versorgungsrechtlichen Belange der „Ruheständler“ und die „Fachvertretung“ von Interessen einzelner Betroffener. Nach der Einrichtung einer Seniorengruppe mit einem gewählten Vorstandsgremium ist dies zwar weiterhin Aufgabe. Besonderes Augenmerk wird aber seither auf eine aktive Seniorenarbeit vor Ort gelegt. Die GdP-Mitglieder, die der Seniorengruppe angehören, sollen erfahren, dass ihre GdP auch nach dem Berufsleben noch für sie und ihre Interessen da ist.

Und so gilt es, gerade in einem Jubiläumsjahr auch nach vorn zu blicken und künftige Aufgaben zu formulieren. Wir Seniorinnen und Senioren

Wichtig ist, dass den Kolleginnen und Kollegen vor Ort bewusst ist, dass die Arbeit der Seniorengruppe für sie alle geleistet wird. Dass sie sowohl auf lokaler, als auch politischer Ebene eine Gewerkschaft haben, die nicht nur die Interessen der aktiven Kolleginnen und Kollegen im Dienst vertritt, sondern ebenso die der Seniorinnen und Senioren im Ruhestand.

Damit wir in der größten Polizeigewerkschaft unseres Landes Kraft und Durchsetzungsvermögen haben und die Politik an uns nicht vorbei regieren kann, brauchen wir weiterhin die Solidarität aller Kolleginnen und Kollegen. Gerade im Ruhestand ist man durch die Möglichkeit der oft völlig freien Zeitgestaltung geradezu prädestiniert, mitzuarbeiten, gegenseitig vor Ort füreinander da zu sein und sich in allen Lebenssituationen einzumischen. Lasst es uns auch tun. Dafür sind die Gewerkschaft der Polizei und ihre Seniorengruppe da. Schließlich soll eine Überzeugung Bestand haben: Gut, dass es sie gibt, unsere Gewerkschaft der Polizei.

JUNGE GRUPPE (GdP)



2018: Der Geschäftsführende Bundesjugendvorstand mit dem zuständigen Gewerkschaftssekretär Torsten Rohde (l.) und Bundesjugendleiter Patrice Thurow (3. v. l.). Es fehlt: zuständiges GBV-Mitglied Dietmar Schilff Foto: GdP/Hagen Immel

Mit dem 70-jährigen Bestehen unserer Gewerkschaft der Polizei schaut die JUNGE GRUPPE (GdP) bereits auf eine 54-jährige Vergangenheit. 1966 begann mit deren Gründung die Sturm-und-Drang-Zeit. Durch die Initiative der Landesbezirke Nordrhein-Westfalen und Berlin wird die JUNGE GRUPPE (GdP) aktiv. Die jungen Kolleginnen und Kollegen wirken bei neuen Ideen mit und vermitteln – vielleicht manchmal ein wenig frisch aus der „alten“ Perspektive – zwischen „jung“ und „alt“ und treiben durch innovative Ideen die Gewerkschaftsarbeit in der Polizei voran.

Neues erfordert Mut. Wer nicht den nächsten Schritt geht, wird von den Anderen überholt. Die JUNGE GRUPPE (GdP) als Personengruppe will zusammen mit den Ideen der Frauengruppe (Bund) und der Seniorengruppe (Bund) auf die Bedürfnisse der Mitglieder in einer modernen Gewerkschaft der Polizei eingehen und gestalten.

Dabei begegnet uns immer wieder die Frage: „Was tun die Gewerkschaften überhaupt für uns?“ Die Liste ist lang. Und mit großem Stolz kann gesagt werden: „Das haben nicht die Gewerkschaften für uns erreicht, sondern das hat die GdP für uns erreicht!“

Ein Thema bewegt uns als JUNGE GRUPPE (GdP) besonders: der Transformationsprozess in eine digitale Polizei und damit auch in die digitale GdP. Die Digitalisierung mitzugestalten ist eines der aktuellsten Themen für die kommenden Jahre.

Die JUNGE GRUPPE (GdP) kam 2011 mit der Plakataktion „Auch Mensch – Polizei im Spannungsfeld“ in den gesellschaftlichen Fokus – entstanden durch die zunehmende Gewalt an Polizistinnen und Polizisten im Berufsalltag. Obwohl die Polizei in der Bevölkerung immer

wieder eine sehr hohe Anerkennung in Umfragen erfährt, ist die Wahrnehmung der Kolleginnen und Kollegen oft eine andere.

Als Reaktion initiierte die JUNGE GRUPPE (GdP) im Juni 2020 die Kampagne „Grundgesetz. Unsere Verantwortung!“. Mit einem Respekt-Aufruf und der Intention, dass jeder Mensch jeden respektiert. Jede und jeder soll jede und jeden so behandeln, wie sie selber behandelt werden möchte. In der Kampagne werden zusätzlich die Themen Verantwortung und Arbeitsbedingungen bearbeitet und auf politischer Ebene vorangebracht. Seit 2018 hat sich die Internationale Polizeijugendkonferenz etabliert. Wie soll die Polizei der Zukunft aussehen? Darüber wird sich mit den Europäischen Mitgliedsstaaten ausgetauscht. Nur wer über seine Wohlfühlzone hinausgeht und seinen Erwartungshorizont erweitern will, kann fortschrittliche Arbeit leisten, um neue Aufgaben zu bewältigen.

Wir als JUNGE GRUPPE (GdP) freuen uns künftig auch auf andere Verbesserungen. Eine Verringerung der Wochenarbeitszeit und eine Erhöhung der Flexibilität bei der

Arbeitszeitgestaltung würde vor allem der Work-Life-Balance der jüngeren Kolleginnen und Kollegen gut tun.

Aber bewegen wir uns noch mal kurz in die Vergangenheit. Von 1974 bis 2005 schrieb die JUNGE GRUPPE (GdP) mit der aus dem Landesbezirk Nordrhein-Westfalen initiierten Mitgliederzeitschrift „CONTACT“ direkt an die jungen Kolleginnen und Kollegen. Hier wurden unter anderem Noten an die Minister verteilt. In den darauf folgenden Jahren werden alle Mitglieder der GdP über die „jungen“ Themen in der DEUTSCHEN POLIZEI informiert.

Statement Bundesjugendvorsitzender Niels Sahling:

„Auf den Errungenschaften der Vergangenheit dürfen wir uns nicht ausruhen, sondern müssen pragmatische Problemlöserinnen und Problemlöser bleiben. Wir als JUNGE GRUPPE (GdP) werden weiterhin die sein, die Gewerkschaftsarbeit kritisch begleiten und mit der einen oder anderen Aktion auch mal den Rahmen des Normalen verlassen. Wobei Normal immer im Auge des Betrachters liegt.

Daher liebe GdP, bleib so wie du bist: Kollegial, offensiv und solidarisch! – Auf die nächsten 70 Jahre.“

Fun Fact:

Was haben die GdP, Bundeskanzlerin Angela Merkel und der aktuelle Bundesjugendvorsitzende Niels Sahling gemeinsam? – Alle haben in Hamburg das Licht der Welt erblickt!



ICH SORGE FÜR DEINE SICHERHEIT.

UND DU ZEIGST MIR
DEN MITTELFINGER?

VERGISS NIE
HIER ARBEITET EIN
MENSCH

Sophie macht unseren Alltag sicherer – genau wie viele andere Beschäftigte im Dienst der Gesellschaft. Trotzdem wird sie häufig Ziel von Beleidigungen und Gewalt.



GdP-Plus Partner

Dein schnellster Weg zu attraktiven Angeboten

Das GdP-Plus Partner-Programm der GdP

Unser exklusives Vorteilsprogramm für Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie. Wir bieten Dir gemeinsam mit unseren starken GdP-Plus Partnern große Vorteile in Form besonders attraktiver Angebote*.



Nutze den
Easy-Login!
www.gdp.de
> GdP-Plus

Hast Du Fragen oder Anregungen?

Dann schreib uns eine E-Mail
oder ruf an. Reinhard Kaufmann
hilft Dir gerne weiter.

E-Mail gdp-plus@gdp.de

Telefon 0211 7104 250



ERLEBEN, WAS VERBINDET.



unitymedia
Ein Vodafone Unternehmen

Willkommen
in der GigaRepublik



Ihre Vorteile
als GdP-Mitglied



Das clevere Fahrradleasing

Aufsatteln. Fertig. Los.

*Bitte beachtet hierbei, dass Euer Vertragspartner das jeweilige Unternehmen ist!



Lust auf 'ne größere Hütte?

Die BaufinanzierungPlus¹ mit 100,- Euro Bonus².
Jetzt Top-Zinsen sichern: www.bbbank.de/gdp

Mit Extra-
Zinsrabatt für
den öffentlichen
Dienst.



Jetzt informieren

in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon unter 0721 141-0
oder auf www.bbbank.de/gdp



www.bbbank.de/termin

Folgen Sie uns



¹ bonitätsabhängig; Voraussetzung: Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied; Mitgliedschaft in der GdP

² Voraussetzung: Erstabschluss einer BaufinanzierungPlus; Gutschrift auf Ihr Girokonto